

Offene Erklärung

Sondergesetze wie das sog. Zuwanderungsgesetz und deren restriktive Umsetzung machen das Leben von Millionen von MigrantInnen in Deutschland unerträglich.

Seit etwa einem Jahr wird in Berlin sehr vielen MigrantInnen, v.a. Jugendlichen, Frauen und anerkannten Flüchtlingen, die kein ausreichendes Einkommen nachweisen können, weil sie z.B. Hartz IV beziehen, statt der Verlängerung der befristeten Aufenthaltserlaubnis die Fiktionsbescheinigung ggf. mit Passentzug erteilt, selbst wenn sie hier geboren sind.

Die Ausstellung einer Fiktionsbescheinigung durch die Ausländerbehörde signalisiert den Betroffenen unmissverständlich, dass sie „persona non grata“ sind. Die beabsichtigte Verunsicherung kann u.U. wahr werden, nämlich die Abschiebung. Auch ohne eine Abschiebung bedeutet diese Maßnahme für die Betroffenen nichts anderes als eine Schikane und Diskriminierung.

Auch bei der Erlangung des Niederlassungsrechtes oder der Einbürgerung werden immer höhere Hürden aufgestellt. Auch der Ehegattennachzug aus bestimmten Ländern, überwiegend aus der Türkei, wird so gut wie unmöglich gemacht, selbst wenn man den deutschen Pass besitzt. Eine der neuen Verschärfungen für die Jugendlichen bei der Beantragung des Niederlassungsrechtes ist die Prüfung der Schulleistungen nach Zeugnisnoten und Nachfragen bei der Schule. Eine weitere künftige Ausgrenzungsmaßnahme stellt die Einführung des Einbürgerungstests ab dem 1. September 2008 dar.

Das sog. Zuwanderungsgesetz und die Initiative vom Innenminister Schäuble Mitte Juli 2008 zielen ausdrücklich darauf ab, die MigrantInnen in Nützliche und Unnützliche einzuteilen: Während hochqualifizierte Fachkräfte willkommen sind, sollen Millionen von Menschen, die vor Krieg und Armut flüchten, schon durch die Festung Europa abgewiesen werden.

Diese diskriminierenden und ausgrenzenden Maßnahmen erscheinen uns als logische Folgen einer Migrationspolitik, deren Kern von ökonomischen Interessen geprägt ist, obwohl die MigrantInnen seit Mitte der 50'er Jahre unermessliche Beiträge für das wirtschaftliche Wachstum dieses Landes leisten. Nach diesem Standpunkt werden die MigrantInnen nicht als Menschen mit Bürgerrechten sondern immer als ein Sicherheitsproblem und eine finanzielle Belastung aufgefasst und entsprechend behandelt.

In diesem Zusammenhang verurteilen wir auch die am 18. Juni 2008 vom Europäischen Parlament verabschiedete Abschieberichtlinie der EU, denn sie wird die Voraussetzungen für die Inhaftierung und Ausweisung von MigrantInnen ohne Papiere ausweiten.

Wir, die UnterzeichnerInnen dieser Erklärung, halten fest, dass die Praxis der Migrationspolitik der Bundesregierung und des Berliner Senats eklatant gegen die Position verstößt, die vermeintlich im Sinne der Integration der MigrantInnen steht.

Wir rufen die Bundesregierung und den Berliner Senat dringend auf, die ausländerrechtlichen Regelungen und Praxen umgehend so zu ändern, dass die MigrantInnen in dieser Stadt sich wie gleichberechtigte Menschen behandelt fühlen. Solange die ausländerrechtliche Diskriminierung fortgesetzt wird, sind die Bundesregierung und der Berliner Senat weiterhin für zunehmende Spannungen innerhalb der Gesellschaft verantwortlich.

InitiatorInnen:

Allmende e.V.

El Cielo por asalto

Initiative Grenzen-Los! e.V.

Notiz: Diese Erklärung wird allen interessierten Einzelpersonen, Gruppen und Organisationen bis Ende August 2008 zum Unterschreiben unterbreitet. Im September wird diese Erklärung an alle staatlichen Institutionen und Medien zugeschickt. Gleichzeitig wird diese Erklärung als Grundlage für eine Zusammenarbeit gegen die genannten Zustände dienen.